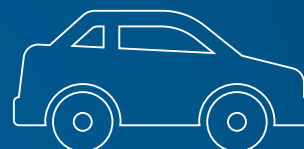
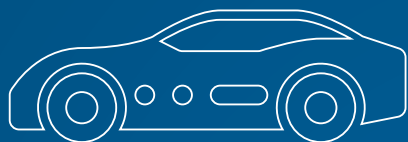




Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

BRANCHENDIALOG
Automobilindustrie



Lieferkettentransparenz in politisch sensiblen Kontexten

**Ergebnisdokumentation
der branchenübergreifenden
Fachveranstaltung**

27. Juni 2023



Inhaltsverzeichnis

Einführung	3
Hintergrund	3
Eröffnung	3
Einblicke in die Gesprächsrunden	4
Praktische Ansätze für Lieferkettentransparenz in politisch sensiblen Kontexten	4
Lieferkettentransparenz im Wettbewerb	5
Impressionen aus den Workshops	7
Methoden für Rückverfolgbarkeit	7
Branchenansätze zur Erhöhung der Lieferkettentransparenz	8
Befähigung vor Rückzug – Möglichkeiten und Herausforderungen in politisch sensiblen Kontexten	9
Abschluss	11
Abschließende Stimmen	11
Weiterführende Informationen	11
Impressum	12

Einführung

Hintergrund

Im Rahmen des Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) führt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) Branchendialoge durch. Der erste Dialog findet mit der deutschen Automobilindustrie statt (wirtschaft-menschenrechte.de/branchendialoge). Neben dem Austausch innerhalb des Multi-Stakeholder-Forums soll das Lernen über Sektorgrenzen hinweg ermöglicht werden. Daher veranstaltete das BMAS am 27. Juni 2023 in Kooperation mit dem Branchendialog Automobilindustrie eine branchenübergreifende Fachveranstaltung zum Thema Lieferkettentransparenz in politisch sensiblen Kontexten.

Grundvoraussetzung für die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht ist, dass Unternehmen die weltweiten Auswirkungen ihrer Geschäftsaktivitäten auf Menschen und Umwelt kennen. Angesichts der Komplexität und Dynamik internationaler Wertschöpfungsnetzwerke gibt es jedoch einige praktische Herausforderungen für Lieferkettentransparenz und Rückverfolgbarkeit. Beim Teilen von Informationen entlang der Lieferkette bringen Wirtschaftsakteure auch kartellrechtliche oder wettbewerbliche Bedenken vor. In Staaten, die nur unzureichend Arbeits- und Sozialstandards umsetzen oder sogar selbst Menschenrechte systematisch verletzen, ist der Handlungsspielraum von Rechteinhabenden und Unternehmen oft stark eingeschränkt. Doch gerade in diesen politisch sensiblen Kontexten besteht die dringende Notwendigkeit, Hinweisen auf Menschenrechtsverletzungen in der tieferen Lieferkette nachzugehen.

Auf der Fachveranstaltung in Berlin wurde ein branchenübergreifender Austausch zwischen den Stakeholdergruppen angestoßen, Ansätze für Lieferkettentransparenz geteilt und der Grundsatz ‚Befähigung vor Rückzug‘ im Kontext politisch sensibler Situationen diskutiert.

Eröffnung

Moderation: Lissa Bettzieche,
Deutsches Institut für Menschenrechte

Eröffnung durch Ulrike Geith, Leiterin des Referats „CSR – Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

„Faire Lieferketten und menschenwürdige Arbeit sind für unseren Minister Hubertus Heil von herausgehobener Bedeutung. Er und alle, die sich mit Menschen- und Umweltrechten in den Lieferketten befassen, befinden sich auf der Höhe der Zeit, denn das Thema ist nicht nur für sich genommen elementar, sondern fließt auch in die Diskussion zu resilienten Lieferketten ein und in die Frage: Wie schaffen wir einen nachhaltigen Welthandel und begegnen unseren politischen und wirtschaftlichen Partnern in der Welt auf Augenhöhe? Das ist der Weg, wie global die großen Transformationsaufgaben gelingen können.“

„Wir erleben aktuell einen internationalen Trend hin zur Verrechtlichung vormals freiwilliger Anforderungen im Bereich Menschenrechte, Arbeits- und Sozialstandards, sowie Umweltpflichten: Wir in Deutschland haben dabei die Nase vorn: Seit Jahresbeginn gilt mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz eines der aktuell ambitioniertesten Gesetzeswerke. Der nächste Schritt soll nun auf europäischer Ebene gegangen werden mit der EU-Richtlinie zu Corporate Sustainability Due Diligence. Deutsche Unternehmen werden hier aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) die Chance haben, aus der Pole-Position zu starten.“

„Doch gesetzliche Regelungen allein sind nicht seligmachend. Vielmehr ist das zielführende Modell das, was wir in Deutschland erfolgreich praktizieren – der Smart Mix aus gesetzlichen und untergesetzlichen, freiwilligen Maßnahmen und Unterstützungsangeboten für Unternehmen, die sich auf den Weg gemacht haben.“

Ulrike Geith, Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Einblicke in die Gesprächsrunden

Praktische Ansätze für Lieferkettentransparenz in politisch sensiblen Kontexten

Die erste Gesprächsrunde definierte zunächst, was unter politisch sensiblen Kontexten und Lieferkettentransparenz verstanden wird und diskutierte anschließend Herausforderungen und Lösungsansätze.

Im Gespräch waren: Dr. Melanie Müller, Leiterin des Forschungsprojektes Forschungsnetzwerk Nachhaltige Lieferketten, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP); Dr. Christiane Hellar, Stellvertretende Leiterin, Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik; Ferdinand Geckeler, Senior Expert Sustainable Supply Chain Management, BMW Group

Wesentliche Diskussionspunkte:

- Politisch sensible Kontexte können vielseitige Situationen umfassen: Staaten mit schwachen Governance-Strukturen oder Regierungen, die kein Interesse an der Umsetzung von Menschenrechtsstandards haben oder sogar selbst Menschenrechte verletzen. Häufig sind es Staaten, in denen Korruption weit verbreitet ist und der Zugang zu Informationen sowie Beteiligungsmöglichkeiten für Zivilgesellschaft und Rechteinhabende beschränkt wird.
- Der Abbau metallischer Rohstoffe birgt in jedwedem Kontext menschenrechtliche Risiken und erfordert ein sensibles Vorgehen.
- Eine [Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik](#) zeigt, dass Rohstoffabbau zu 70 % in Ländern des globalen Südens stattfindet, die Weiterverarbeitung dort allerdings nur zu 45 %. Ein ähnlich großer Teil wird allein in China raffiniert, welches zugleich 50 % der weltweiten Raffinadeprodukte verbraucht.
- Informationen aus den ersten drei Stufen der Wertschöpfungskette – Abbau, Verarbeitung und Raffination – sind für Lieferkettentransparenz zentral. Schmelzen und Raffinerien nehmen eine elementare Rolle ein; danach ist Transparenz kaum mehr möglich. Entscheidend ist daher die Identifikation der führenden Unternehmen in diesen Wertschöpfungsstufen (*Lead Firms*).
- Für Lieferkettentransparenz bei metallischen Rohstoffen braucht es ganzheitliche Ansätze, die sowohl Institutionen stärken, Governance-Strukturen in Ländern des globalen Südens unterstützen, als auch führende Unternehmen in den jeweiligen Lieferketten einbeziehen und zivilgesellschaftliches Handeln fördern.
- Auf Basis einer Ursachenanalyse der menschenrechtlichen Risiken am Rohstoffherkunftsort können Unternehmen Pilotprojekte anstoßen, solange lokale Regierungen dies nicht beschränken.
- Die Zuverlässigkeit von Audits und Zertifizierungen ist besonders in politisch sensiblen Kontexten wesentlich. Wenn der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum eingeschränkt ist, entsteht eine Glaubwürdigkeitslücke. Durch Einbindung von Rechteinhabenden können Informationen überprüft werden. Dafür müssen Kapazitäten bei den Rechteinhabenden vorhanden sein bzw. aufgebaut werden, insbesondere mit Blick auf ihr Wissen über Rechte sowie die frühzeitige, freie und informierte Zustimmung (FPIC).
- Aus Unternehmenssicht braucht es umfassende Strategien, die auch die Reduktion des benötigten Primärmaterials umfassen, substituierbare Rohstoffe berücksichtigen und durch die Verwendung von recyceltem Sekundärmaterial geschlossene Stoffkreisläufe aufbauen. Eine Verkürzung von Lieferketten kann je nach Sektor ebenfalls sinnvoll sein.

„Für die Herstellung von Lieferkettentransparenz und Rückverfolgbarkeit in unserem Lieferantennetzwerk benötigen wir branchenübergreifende digitale Anwendungen wie Catena-X. Diese bilden die Grundlage zur angemessenen Wahrnehmung unserer Sorgfaltspflichten. Für eine flächendeckende Einführung ist es erforderlich, Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Beziehungswissen zu definieren und das Vertrauen der Unternehmen zu gewinnen.“

Ferdinand Geckeler, BMW Group

„Bei der Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten können Multi-Stakeholder-Initiativen eine unterstützende Rolle spielen. Allerdings bedarf es einer genauen Analyse in Bezug auf die Frage der Verantwortlichkeiten. Denn auch in Stakeholder-übergreifenden Kooperationen muss Verantwortung zurechenbar bleiben.“

Dr. Christiane Hellar, Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik



Die Teilnehmenden der ersten moderierten Gesprächsrunde auf dem Panel

Lieferkettentransparenz im Wettbewerb

Um Hinweise auf potenzielle Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette nachzuverfolgen, benötigen Unternehmen Informationen über die Herkunft der Vorprodukte und Rohstoffe. Die Komplexität von Lieferbeziehungen stellt sie vor die Herausforderung, das passende *Chain-of-Custody*-Modell anzuwenden. Und das Offenlegen von Lieferbeziehungen führt bisweilen zu kartellrechtlichen Fragen oder wettbewerblichen Bedenken. Vor diesem Hintergrund wurden die Anforderungen und Herausforderungen für Lieferkettentransparenz im Wettbewerb diskutiert.

Im Gespräch waren: **Marco Göllrich**, Leiter der Initiative Metalle Pro; **Dr. Moritz Jakobs**, Beisitzender, Bundeskartellamt; **Dr. Tatjana Mühlbach**, Rechtsanwältin/Partnerin, BUNTSCHKE; **Ferdinand Wieland**, Senior Vice President Procurement & Supply Management, thyssenkrupp Automotive/Responsible Supply Chain Initiative; **Evelyn Bahn**, Referentin Wirtschaft & Menschenrechte, INKOTA-Netzwerk/Forum Nachhaltiger Kakao

Wesentliche Diskussionspunkte:

- In der Praxis kommen verschiedene Rückverfolgbarkeitssysteme (*Chain-of-Custody*-Modelle) zum Einsatz: *Identity Preservation*, *Segregation*, *Mass-Balance*, *Certificate Trading*. Jedes Modell hat Vor- und Nachteile und ist für unterschiedliche Anwendungsbereiche geeignet. So ist z. B. eine genaue Rückverfolgung auf jeder Stufe der Lieferkette (*Identity Preservation*) wegen der umfassenden Datenerhebung und Notwendigkeit getrennter Lagerung und Verarbeitung sehr aufwendig und nur für wenige Bereiche sinnvoll, bspw. bei Lebensmitteln.
- Viele Nachhaltigkeitsinitiativen fördern die Transparenz entlang der Lieferkette. Aus kartellrechtlicher Perspektive stellen Siegel oder Projekte, wie das „Tierwohl-Label“ oder die „Living Wage Banane“ keine Wettbewerbsbeschränkungen dar. Freiwillige Selbstverpflichtungen sind bei kartellrechtlichen Prüfungen im Kern als zulässig bewertet worden. Bestimmte Maßnahmen, wie Preisaufschläge, dürfen dabei nur übergangsweise, bspw. zur Neueinführung von Standards, dauerhaft verpflichtend sein. Das Teilen von Informationen zur Validierung von Nachhaltigkeitskriterien ist kartellrechtlich erlaubt. Informationen dürfen allerdings nicht für Preisabsprachen oder missbräuchliche Ausnutzung marktbeherrschender Stellung verwendet werden.
- Informationen über Lieferanten zu sammeln ist ein wichtiger Schritt zu mehr Lieferkettentransparenz, jedoch nicht automatisch mit unternehmerischer Sorgfaltspflicht verbunden. Im Fokus muss die Qualität und Verarbeitung der Daten im Sinne der Sorgfaltspflichten stehen. Branchen wie die Automobilindustrie zeichnen sich durch eine hohe Komplexität der Liefernetzwerke aus. Vor diesem Hintergrund ist eine vollständige Transparenz schwierig.

- Brancheninitiativen, wie die *Responsible Supply Chain Initiative* (RSCI), bieten Ansätze zur Standardisierung und ggf. sammeln von Lieferanteninformationen. Bei RSCI entscheiden die Zulieferer selbst, wem die Daten zur Verfügung gestellt werden.
- Bisweilen befürchten Unternehmen Wettbewerbsnachteile durch mehr Lieferkettentransparenz, da Mitbewerber auf ihre Zulieferer zugehen könnten. Eine verbesserte Nachhaltigkeitsleistung ist jedoch gleichzeitig ein Wettbewerbsvorteil.
- *Knowledge Sharing* und *Capacity Building* mit den Akteur*innen am Anfang der Lieferkette, bspw. durch die Verbreitung digitaler Anwendungen, ist Voraussetzung für Lieferkettentransparenz. Die damit verbundenen Kosten dürfen nicht auf Kleinbäuerinnen und -bauern oder kleine Unternehmen verlagert werden.

„Für unterschiedliche Rohstoffe sind die jeweils passenden Nachverfolgbarkeitssysteme anzuwenden – ein one-size-fits-all gibt es nicht!“

Marco Göllrich, Initiative MetallePro

„Im Nachhaltigkeitsbereich gibt es keinen Zielkonflikt zwischen dem Einsatz für Menschenrechte und Wettbewerbsrecht.“

Dr. Moritz Jakobs, Bundeskartellamt

„Produzent*innen am Beginn der Lieferkette dürfen nicht durch eine Vielzahl von Rückverfolgbarkeitssystemen überlastet werden. Es ist daher nicht nur für Unternehmen effektiver, wenn unternehmensübergreifende Systeme in globalen Lieferketten aufgebaut werden.“

Evelyn Bahn, INKOTA-netzwerk



Panelist*innen der zweiten moderierten Gesprächsrunde im Austausch

Impressionen aus den Workshops

Methoden für Rückverfolgbarkeit

Wissen über die tiefere Lieferkette ist Voraussetzung für das Ergreifen von Maßnahmen jenseits des eigenen Geschäftsbereichs. In dynamischen Wertschöpfungsnetzwerken ist Rückverfolgbarkeit aber keineswegs gegeben, sondern stellt sowohl für Unternehmen als auch für Prüfbehörden oder Rechteinhabende eine Herausforderung dar. In diesem Workshop wurden verschiedene Praxisbeispiele zum Nachvollziehen von Lieferketten besprochen.

Einführung in das Thema durch: Daniel Baumert, Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Geschäftsstelle NAP-Branchendialoge **Impulse der Speaker: Leon Bachmann**, Sustainability Engagement, SAP; **Ville Soininen**, Sustainability Manager, Neste; **Laura Murphy**, Professor Human Rights and Contemporary Slavery, Helena Kennedy Centre for International Justice at Sheffield Hallam University; **Tobias Krause**, Leiter des Referats „Kontrolle der Sorgfaltspflichten 1“, Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle



Die Impulsgeber*innen im Workshop 1 zu „Methoden für Rückverfolgbarkeit“

Wesentliche Diskussionspunkte:

- Softwarelösungen für Rückverfolgbarkeit sollen unternehmensübergreifend funktionieren und allen beteiligten Akteur*innen einfach Zugriff auf die gesammelten Daten gewähren.
- Die Blockchain-basierte Anwendung Green Token (by SAP) soll die Zertifizierung von grünem Wasserstoff entlang der gesamten Wertschöpfungskette nachverfolgbar machen. Weitere Informationen s. [SAP und GIZ: Zertifizierung für grünen Wasserstoff | SAP News](#)
- Chain-of-Custody (CoC)-Ansätze dienen der Nachverfolgung von Rohstoff- bzw. Produktinformationen und liefern keine Aussage über die Vertrauenswürdigkeit der zugrundeliegenden Information. Dies muss durch andere Instrumente erfolgen.
- Das finnische Unternehmen Neste macht die Offenlegung der Sublieferanten zur Voraussetzung beim Vertragsabschluss. Weitere Informationen s. [Traceability dashboard | Neste](#)
- Zur Visualisierung von Lieferketten haben Forscher*innen zu Zwangsarbeit in der chinesischen Region Xinjiang einfache Internetrecherchen durchgeführt. Unter der Verwendung einschlägiger Suchbegriffe auf Mandarin (chinesischer Name des Lieferanten plus die Begriffe Xinjiang, Arbeitstransferprogramm) finde man Hinweise auf Verbindungen zu internationalen Konzernen in Regierungsanweisungen oder öffentlichen Unternehmensunterlagen. Weitere Informationen s. [Evidence Briefs | Sheffield Hallam University](#)
- Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz beschreibt keine spezifischen Anforderungen an die Rückverfolgbarkeit. Die Prüfbehörde rät, sich an Good Practices zu orientieren und gleichzeitig die Entwicklung neuer Praktiken am Markt zu beobachten.

„Wir müssen die ‚Egosysteme‘ hinter uns lassen und uns stattdessen auf die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Track & Trace-Software Ökosystemen konzentrieren, indem wir sogar mit Wettbewerbern kooperieren.“

Leon Bachmann, SAP

Branchenansätze zur Erhöhung der Lieferkettentransparenz

Um Transparenz entlang der Lieferkette zu schaffen, müssen Unternehmen innerhalb einer Branche zusammenarbeiten. So können sie ihren Einfluss vergrößern und Lieferketten stärker mitgestalten. In diesem Workshop wurden Branchenansätze aus dem Textil-, Agrar- oder Rohstoffsektor vorgestellt. Die Teilnehmenden diskutierten, ob Lernerfahrungen übertragbar sind und welche Rolle die Besonderheiten der jeweiligen Branche spielen.

Einführung in das Thema durch: Andrea Burkhardt, Teamleiterin Digitalisierung für nachhaltige Agrarlieferketten, Initiative für nachhaltige Agrarlieferketten; Linda Schraml, Leiterin des Bündnisses für nachhaltige Textilien; Valentina Guido, Senior Associate, Rocky Mountain Institute

Wesentliche Diskussionspunkte:

- Im Rahmen der Initiative für nachhaltige Agrarlieferketten (INA) wurde die *Open-Source* Lösung „[INATrace](#)“ entwickelt. Das digitale Datenmanagementsystem erfasse alle Prozessschritte und Transaktionen entlang der Wertschöpfungskette. Die Herstellung von Rückverfolgbarkeit kann sowohl *Bottom-Up* (vom Rohstoff zum Endprodukt) als auch *Top-Down* erfolgen. Zentral sei die Mitwirkung aller Akteur*innen entlang der Lieferkette.
 - Weiter setzt sich die INA mit der „[Digital Integration of Agricultural Supply Chains Alliance](#) ([DIASCA](#))“ für Interoperabilität zwischen verschiedenen Rückverfolgbarkeitssystemen in globalen Agrarlieferketten ein.
 - Das Bündnis für nachhaltige Textilien (Textilbündnis) hat Lieferkettentransparenz als eines seiner Grundsätze festgelegt. Es wird zwischen Transparenz nach innen (Rückverfolgbarkeit) und Transparenz nach außen (Kommunikation und Offenlegung) unterschieden. Seit 2023 ist für Mitglieder des Textilbündnisses die Veröffentlichung der tier-1 Zulieferer in aggregierter Form über das [Open Supply Hub](#) verpflichtend. Die sukzessive Offenlegung der tieferen Lieferkette werde angestrebt.
 - Zusätzlich fördert das Textilbündnis gemeinsames Engagement durch konkrete Projekte. So können die Mitglieder die Informationen für den Dialog mit Regierungsvertreter*innen in den Produktionsländern nutzen. Eine weitere Maßnahme ist die Erstellung einer Beschwerdeliste (Incident List), bei der Vorfälle in Textilfabriken aktiv nachgehalten, recherchiert und mit der internen Lieferantenliste abgeglichen werden. Bezieht ein Bündnismitglied Produkte bei einer betroffenen Fabrik, wird das Mitglied informiert und aufgefordert Abhilfe und Wiedergutmachung zu leisten.
 - Das Rocky Mountain Institute forscht zu Rückverfolgbarkeit von mineralischen Rohstoffen im Kontext der Energiewende. Die Massenbilanz ist das am häufigsten verwendete *Chain-of-Custody*-Modell in Rohstofflieferketten. Einzelne Pilotprojekte im mineralischen Rohstoffbereich zeigen, dass Rückverfolgbarkeit von der Mine bis zum Endprodukt möglich ist. Dazu bedarf es der Harmonisierung der jeweiligen *Chain-of-Custody*-Standards.
 - Die Beispiele aus verschiedenen Branchen zeigen, dass durch Kollaboration Lieferkettentransparenz erhöht werden kann. Transparenz sei dabei kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Verbesserung der Situation der Rechteinhabenden.
- „Rückverfolgbarkeit ist möglich. Doch wenn Rückverfolgbarkeit für alle Rohstoffe eine Bedingung sein soll, müssen die Kleinbauer*innen stärker unterstützt werden, da digitale Tools für sie sehr ressourcenintensiv sind.“

Andrea Burkhardt, Initiative für nachhaltige Agrarlieferketten

„Das Ereignis Rana Plaza hat einen Transformationsprozess in der Textilbranche angestoßen. Der Textilssektor ist zu einem Vorreiter hinsichtlich Lieferkettentransparenz geworden. Doch trotz der Fortschritte bleibt Lieferkettentransparenz ein Fokusthema des Textilbündnisses auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit“
Linda Schraml, Bündnis für nachhaltige Textilien

Befähigung vor Rückzug – Möglichkeiten und Herausforderungen in politisch sensiblen Kontexten

Welche Auswirkungen hat die angespannte geopolitische Lage auf die Umsetzung von Sorgfaltspflichten entlang der Lieferkette? Wird das Lieferkettengesetz dazu führen, dass Unternehmen sich aus risikobehafteten Regionen zurückziehen? Welche Auswirkung wird dies auf die Menschenrechtslage vor Ort haben? In diesem Workshop diskutierten die Expert*innen Strategien, wie Unternehmen menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in politisch sensiblen Kontexten umsetzen können, welche Allianzen nötig sind, um Herausforderungen gemeinsam zu adressieren und wie ein verantwortungsvoller Rückzug aussehen kann.

Einführung in das Thema durch:

Matthias Fertig, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, mit **Janine Allenbacher**, Universität Hamburg, Mitautor:innen der Delphi-Studie „Corporate Respect for Human Rights in Conflict-Affected Areas“; **Marie-Laura Schmitt**, Referentin Wirtschaft und Menschenrechte, Auswärtiges Amt; **Michael Windfuhr**, Stellvertretender Direktor, Deutsches Institut für Menschenrechte; **Ines Stoll**, Sustainability Manager – Responsible Value Chain & Human Rights, Group Sustainability, Continental; **Romy Siegert**, Gewerkschaftssekretärin im Funktionsbereich Transnationale Gewerkschaftspolitik, IG Metall

Wesentliche Diskussionspunkte:

- Matthias Fertig und Janine Allenbacher stellen die vorläufigen Ergebnisse der Delphi-Studie „Corporate Respect for Human Rights in Conflict-Affected Areas“ vor, für die Expert*innen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft befragt wurden. Die spezifischen Rahmenbedingungen und das Fehlen von Kooperationspartnern wurde als Herausforderung bei der Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfalt in Konfliktgebieten genannt.
- Ebenso sei die Einbeziehung von Rechteinhabenden wichtig, jedoch mangle es ihnen an Ressourcen und Kapazitäten. Die Einbindung müsse vertrauensvoll und auf Augenhöhe erfolgen mit dem Ziel, Verständnis für ihre Situation aufzubauen und sie vor Repressalien zu schützen.
- Pilotprojekte in agrarischen Lieferketten zeigen, dass die Situation von Rechteinhabenden und Produzent*innen vor Ort verbessert werden kann. Es brauche jedoch erfahrene Kooperationspartner vor Ort, die Wissen und Zugang zu Akteur*innen und Strukturen haben.
- Es gibt keinen allgemeingültigen Ansatz, da jede Situation kontextspezifische Dynamiken aufweist. Gleichwohl können aus individuellen Erkenntnissen übergeordnete Lernerfahrungen gezogen werden. Flankierende Aktivitäten des Herkunftsstaates können das Engagement der Unternehmen in der Lieferkette unterstützen und auch Unternehmensverbände sollten stärker einbezogen werden.
- In Zulieferverträgen wird festgeschrieben, welche Folgen im Falle einer Verletzung der Sorgfaltspflichten eintreten. Eskalationsstufen beschreiben das schrittweise Vorgehen, das bei Nicht-Kooperation im Ausnahmefall zum Abbruch der Geschäftsbeziehungen führen können.
- Wenn sich Befähigung als wenig erfolgsversprechend oder gar unmöglich herausstellt, kann ein Rückzug die letzte Alternative darstellen. Häufig entsteht ein Dilemma: Bei Verbleib drohen Reputationsrisiken oder rechtliche Konsequenzen, bei einem Rückzug könnte die Menschenrechtssituation verschlimmert werden. Ein verantwortungsvoller Rückzug ist immer kontextsensibel zu gestalten. Auch in schwierigen Situationen sollte der Diskurs fortgesetzt werden.

- Für die Umsetzung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten von Unternehmen im In- und Ausland gibt es zahlreiche Unterstützungsstrukturen. Der [Helpdesk Wirtschaft und Menschenrechte](#), [CSR-in-Deutschland](#), Multi-Stakeholder-Foren wie die [Branchendialoge der Automobilindustrie](#) und [Energiewirtschaft](#), die [Handreichungen des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle](#) (BAFA) oder die [Länderberichte von German Trade and Invest](#) (GTAI). Vor Ort können sich Unternehmen an die Unterstützungsstellen der Auslandsvertretungen des [Auswärtigen Amtes](#) wenden. Neben Informationen zum Land und Kontakt zu bestehenden Angeboten der [Auslandshandelskammer](#), der GTAI oder der GIZ können die Auslandsvertretungen flankierend Gespräche mit lokalen Behörden führen.

„Die aktive Einbindung von Rechteinhabenden ist zentral und verringert die Gefahr, dass Maßnahmen nicht greifen oder an den Bedarfen der Rechteinhabenden vorbeigehen. Zivilgesellschaft und Gewerkschaften können dabei unterstützen, Kommunikationswege und Vertrauen aufzubauen.“

Romy Siegert, IG Metall

„Es gilt der Grundsatz ‚Befähigung vor Rückzug‘ – die Umsetzung ist jedoch für alle Akteur*innen eine Lernerfahrung. Die Bundesregierung unterstützt Unternehmen und andere Stakeholder bei diesen Lernprozessen im In- und Ausland mit verschiedenen Ansätzen, um so die praktische Umsetzung der Sorgfaltspflichten zu fördern.“

Marie-Laura Schmitt, Auswärtiges Amt



Konferenzteilnehmende an Diskussionstischen im Workshop 3 zu „Befähigung vor Rückzug“

Abschluss

Abschließende Stimmen

„Kollektive Maßnahmen wie Multi-Stakeholder-Ansätze, Zusammenarbeit mit der Wissenschaft oder Zusammenschlüsse vor Ort sind wesentlich, um insbesondere in politisch sensiblen Kontexten Dilemmasituationen entgegenzutreten und zur Befähigung in der tieferen Lieferkette beizutragen.“

Johannes Maximilian van Lingen,
Helpdesk Wirtschaft & Menschenrechte

„Veranstaltungen wie heute sind ein guter Weg, um nicht isoliert in Silos zu denken, sondern uns zu vernetzen und über erfolgreiche Ansätze und gemeinsame Lösungen austauschen. Dabei ist ganzheitliches Denken wichtig und nicht nur der Blick auf die nächste Stufe, sondern auf die gesamte Lieferkette und der Einbezug von Rechteinhabenden.“

Anna Schönwald, INKOTA-netzwerk



*Abschließende Stimmen der Workshop-Rapporteur*innen*

Weiterführende Informationen

- Barbosa, Hylla; Guido, Valentina; Lezak, Stephen; Natali, Paolo: Supply Chain Traceability: Looking Beyond Greenhouse Gases, 2022, <https://rmi.org/insight/supply-chain-traceability-beyond-greenhouse-gases/>
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Clean tyres? No problem. With traceable rubber supply chains. From Tapping to Tyre. <https://www.youtube.com/watch?v=uVs-d3o0TDCU> Film 2020
- Bündnis für nachhaltige Textilien: Schritt für Schritt zu mehr Transparenz in der Lieferkette, 2020, <https://www.textilbuenndnis.com/download/schritt-fuer-schritt-zu-mehr-transparenz-in-der-lieferkette-2020/>
- Guido, Valentina; Lezak, Stephen; Natali, Paolo: Looking Beyond Greenhouse Gases: Everything You Don't Want to Know about the Things You Buy, 2022, <https://rmi.org/looking-beyond-greenhouse-gases/>
- Müller, Melanie; Saulich, Christina; Schöneich, Svenja; Schulze, Meika : Von der Rohstoffkonkurrenz zur nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik. Politikansätze für deutsche Akteur*innen. Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)-Studie, 2022 (doi:10.18449/2022S13), https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2022S13_nachhaltige_rohstoffaussenpolitik.pdf
- Schöneich, Svenja; Saulich, Christina; Müller, Melanie/ Stiftung Wissenschaft und Politik: Traceability and foreign corporate accountability in mineral supply chains. In: Regulations & Governance, Wiley Online Library, 2023 (doi:10.1111/12527), <https://online-library.wiley.com/doi/full/10.1111/rego.12527>

Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales,

Referat VI b 3 „CSR – Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“, 11017 Berlin

E-Mail: info@csr-in-deutschland.de

Stand: August 2023

Gestaltung: Scholz & Friends Reputation

Satz/Layout: metagate GmbH

Fotos: Christof Rieken

Wenn Sie aus dieser Publikation zitieren wollen, dann bitte mit genauer Angabe des Herausgebers, des Titels und des Stands der Veröffentlichung.